



Ergebnisse der Steuerschätzung vom 09. - 11. November 2021



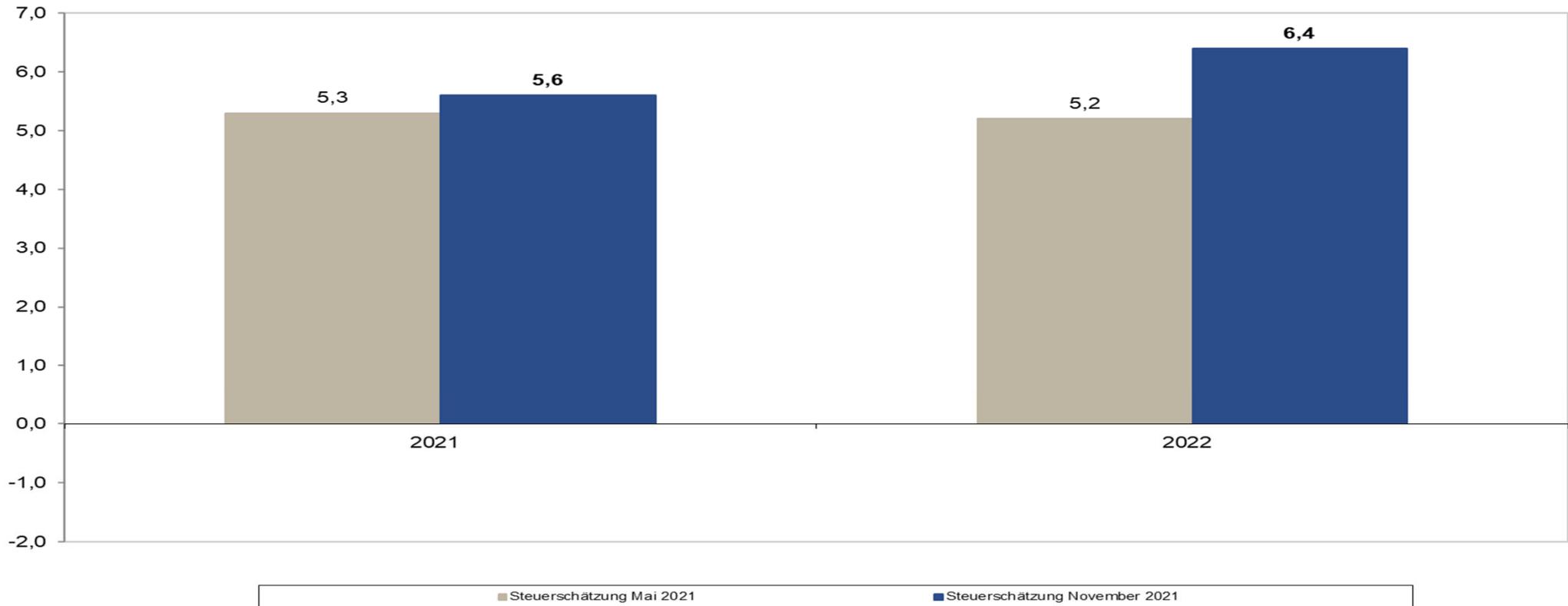
- nach dem pandemiebedingtem starken Wirtschaftseinbruch in 2020 wird für 2021ff. wieder stabiles Wirtschaftswachstum prognostiziert
- Situation ist hoch volatil: Entwicklung der Konjunktur und der Steuereinnahmen nach aktueller Einschätzung weniger stark rückläufig als zu Beginn der Krise vermutet
- sichtbare Aufwärtsrevision der Steuereinnahmeschätzung infolge eines weniger als befürchtet starken Einbruchs der Wirtschaftsleistung, geringeren dauerhaften strukturellen Einbußen und einer preisgetriebenen Höherschätzung nominaler Bezugsgrößen aus der Volkswirtschaft (Steuereinnahmen ebenfalls nominale Größen)
- positive Steuereinnahmeentwicklung führt regelgebunden zu einer Ausbuchung der bislang für die Jahre 2021 bis 2025 eingeplanten konjunkturellen Nettokreditaufnahmen
- weitgehende Bestätigung unserer bisherigen Annahmen zu den Finanzierungsmöglichkeiten aus Steuereinnahmen und Konjunkturkomponente für die Jahre des Doppelhaushalts 2022 und 2023
- Handlungsmaxime des MF bleibt eine auf wirtschaftlichem Wachstum und notwendiger Stabilität ausgerichtete Finanzpolitik
- vorzeitigere Rückkehr zu in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalten mit positiven strukturellen Finanzierungssalden



- 2020: -4,6 % bei der realen Wirtschaftsleistung
- bisherige Zweiteilung der deutschen Wirtschaft hat sich seit dem 3. Quartal 2021 umgekehrt:
 - Dienstleistungssektor infolge der Öffnungen stark wachsend
 - Aufschwung der Industriekonjunktur infolge gravierender Lieferengpässe bei bestimmten Vorleistungsgütern stark belastet
- vor allem der private Konsum aktuell Triebfeder der positiven wirtschaftlichen Entwicklung
- Verschiebung von Teilen des Wachstums in das Jahr 2022:
 - 2021: real +2,6 % (statt Frühjahrserwartung i.H.v. +3,5 %)
 - 2022: real +4,1 % (statt Frühjahrserwartung i.H.v. +3,6 %)
 - abgeflachte Erholung zum Ende des Jahres 2021 nimmt Anfang 2022 wieder Fahrt auf (unter der Voraussetzung der Auflösung der Lieferengpässe bis 2. HJ 2022)
- EZB-Politik, Lieferengpässe und weltweit hohe Energiepreise haben zu einem starken Anstieg der Inflationsrate geführt. Dies bewirkt einen entsprechenden Anstieg des **nominalen** Wirtschaftswachstums.
- ab 2022 mit der Überwindung der Wirtschaftskrise Rückkehr zur Normalauslastung mit leichter Tendenz zur Überauslastung
- Annahme: keine neuen verschärften Eindämmungsmaßnahmen erforderlich (aktuell steigende Infektionszahlen nicht unerhebliches Risiko)



Schätzung der Wachstumsraten für das nominale BIP in %

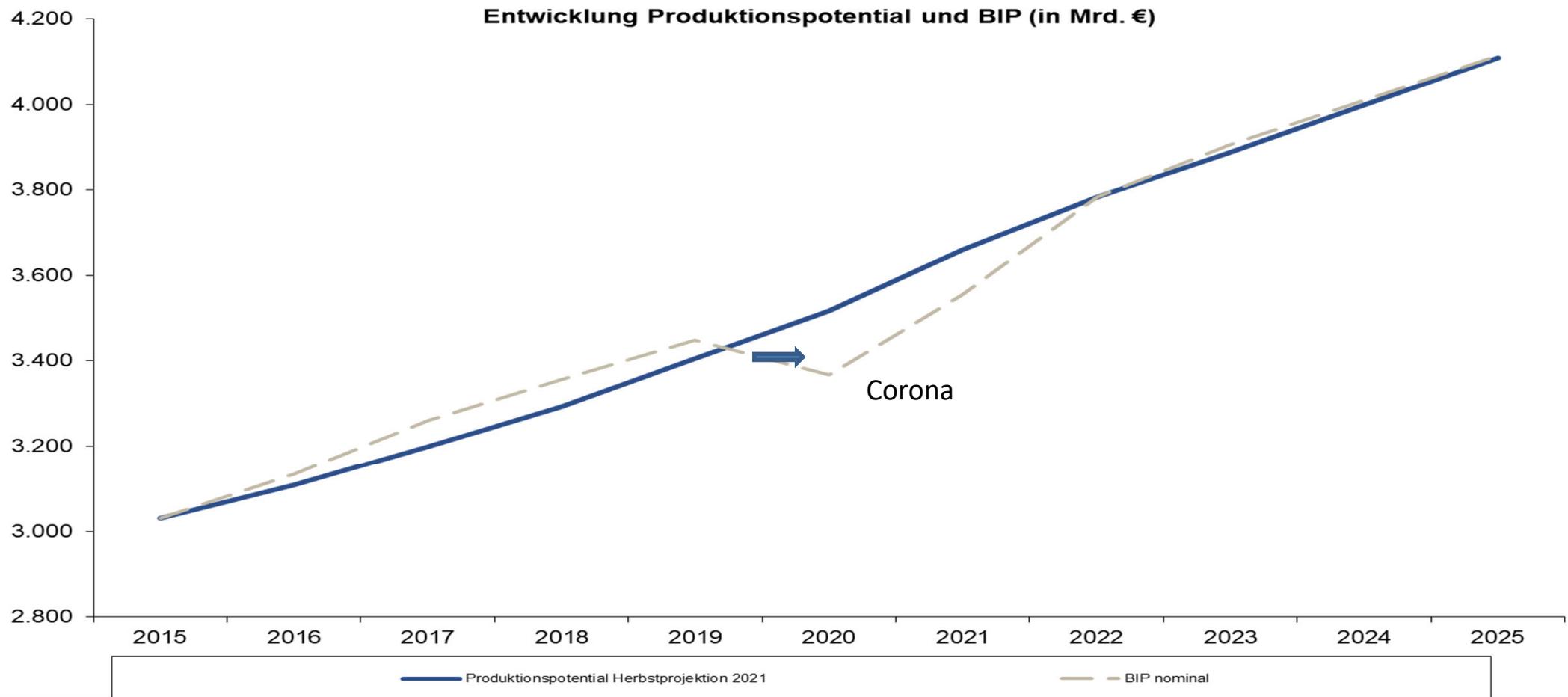


Korrekturen gegenüber Mai:

- für 2021: leichte Aufwärtskorrektur um 0,3 Prozentpunkte insbesondere vor dem Hintergrund der stark höher geschätzten Inflationsrate (überkompensiert negative Effekte aus Lieferengpässen)
- für 2022: sichtbare Aufwärtskorrektur um 1,2 Prozentpunkte vor dem Hintergrund des verschobenen Wachstums aus 2021 und der höher geschätzten Inflationsrate

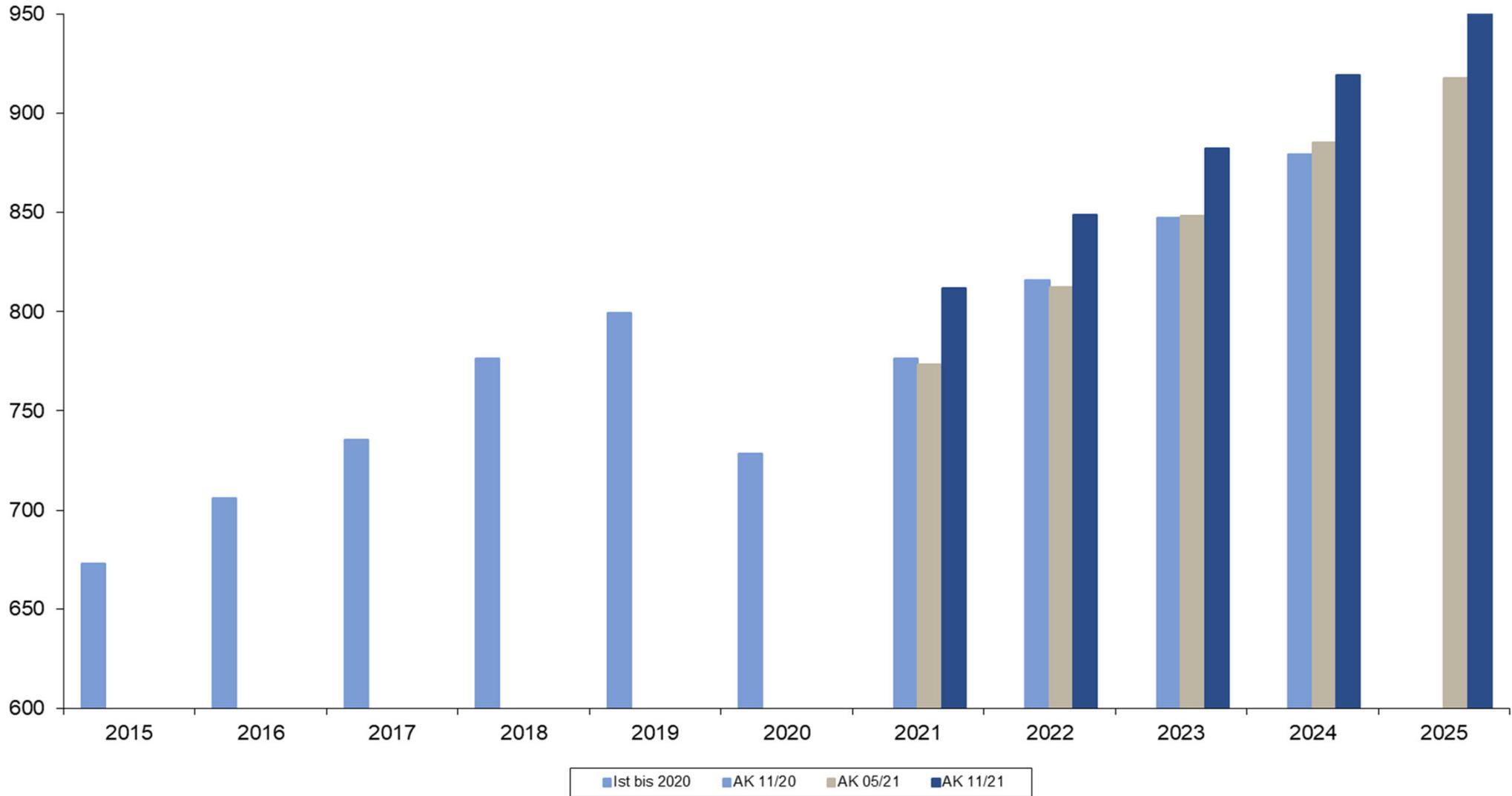


- pandemiebedingte Rezession im Jahr 2020 führte zu einer erheblichen Unterauslastung, die sich bis nach 2021 hineinzieht
- ab 2022 Rückkehr zur Normalauslastung mit Tendenz zu leichter Überauslastung
- auch bei der Entwicklung des Produktionspotentials zeigen sich preisgetriebenen Wachstumseffekte



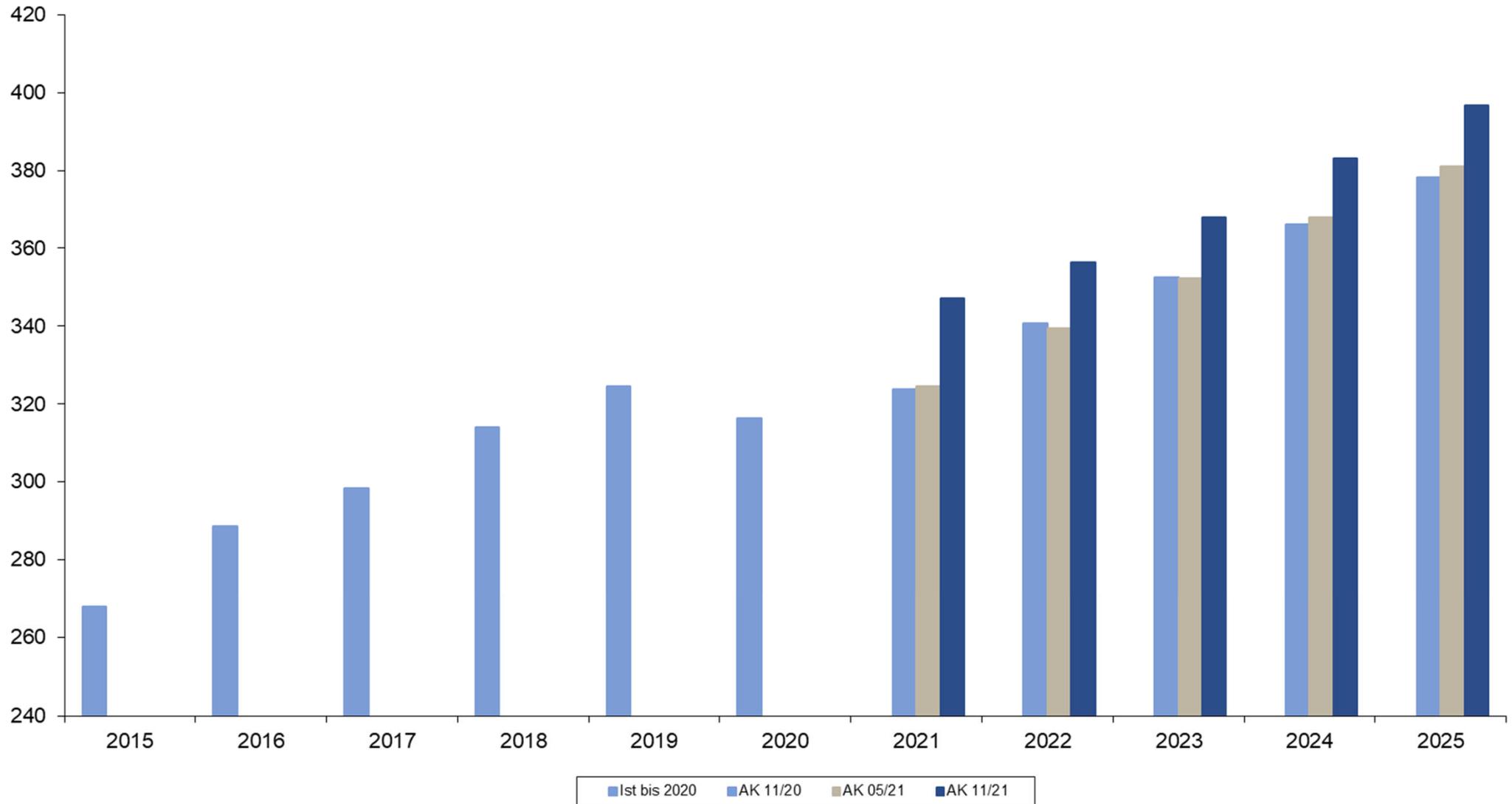


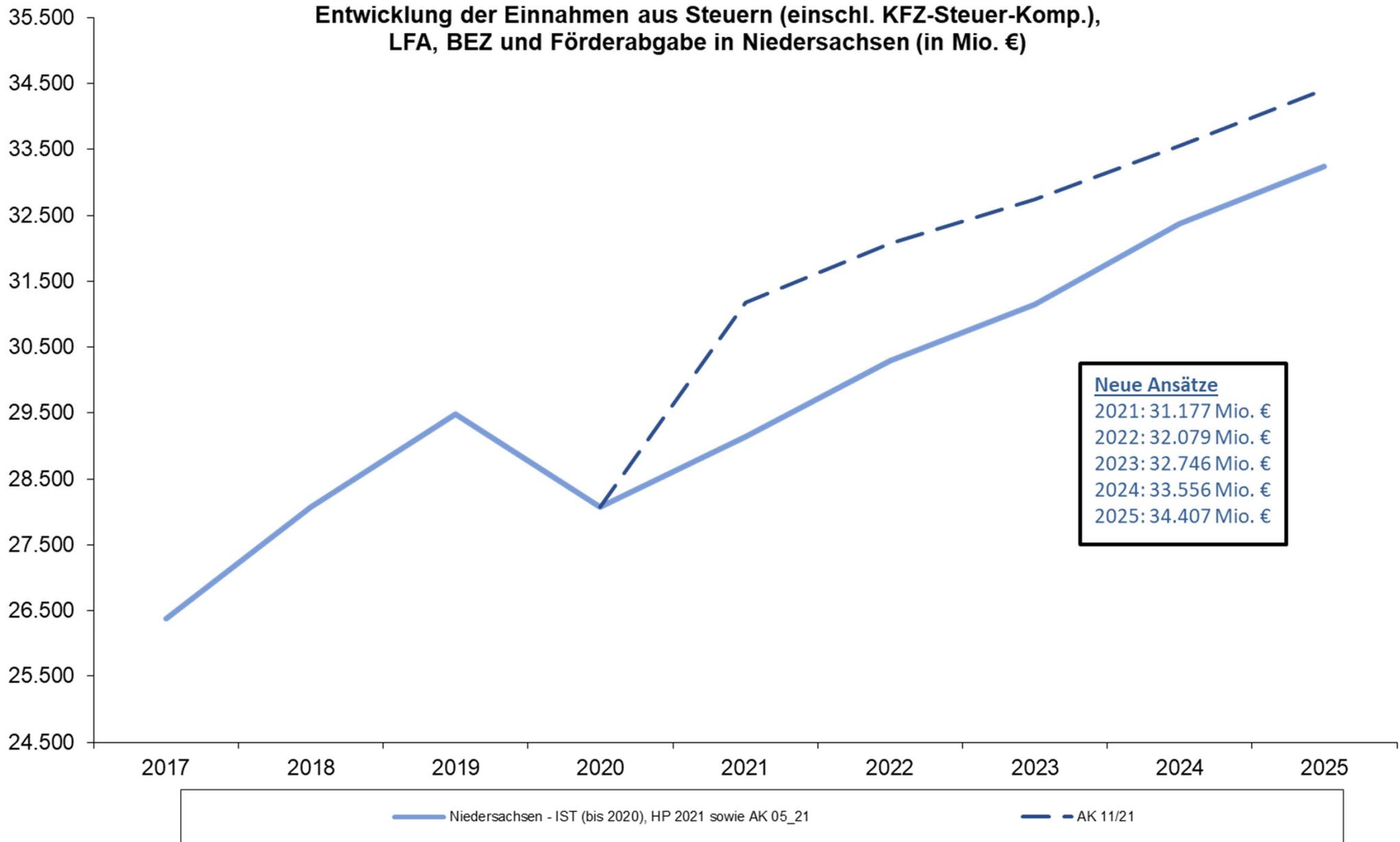
Steuereinnahmen Bund, Länder, Gemeinden in Mrd. €





Steuereinnahmen Ländergesamtheit in Mrd. €







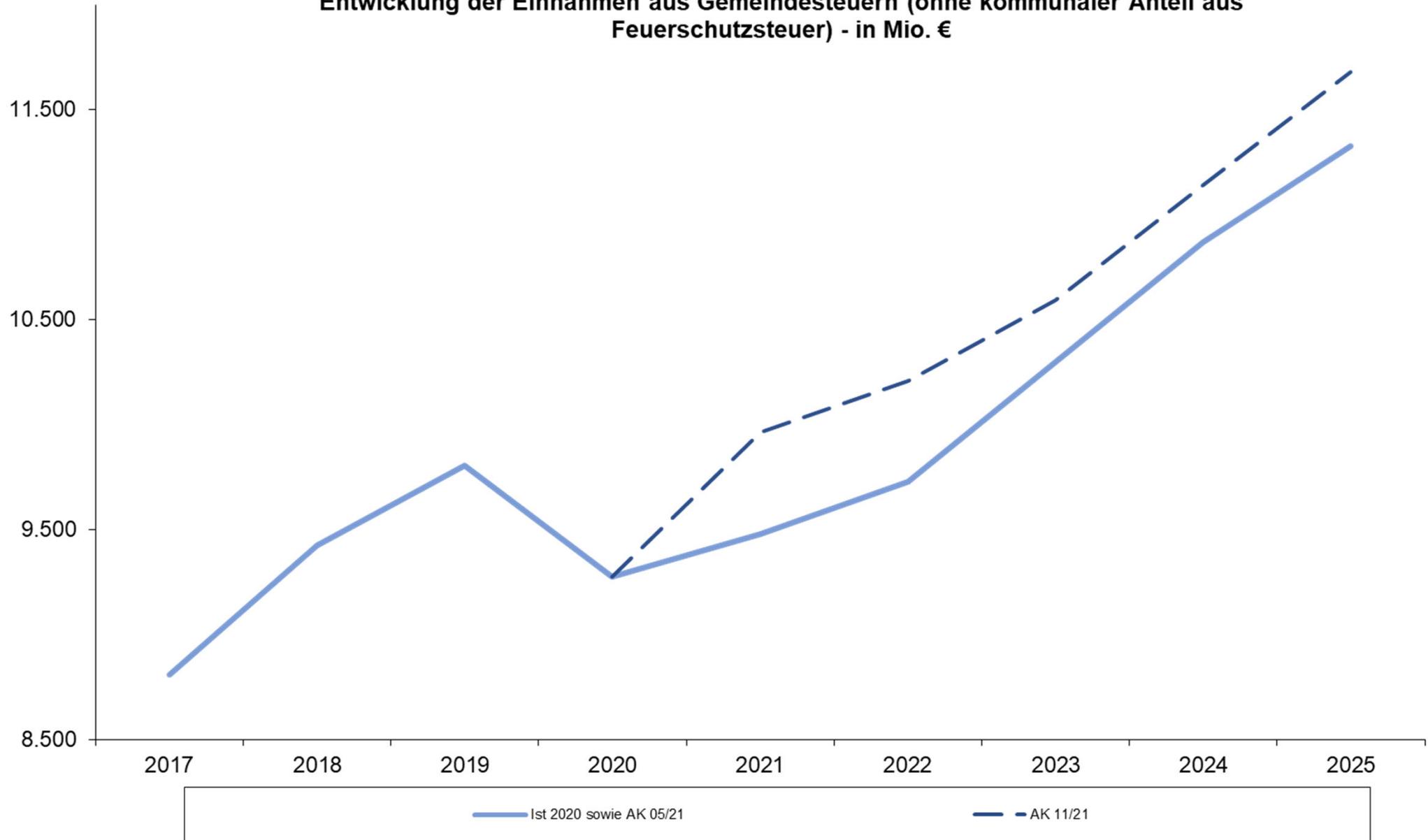
Auswirkungen für Niedersachsen

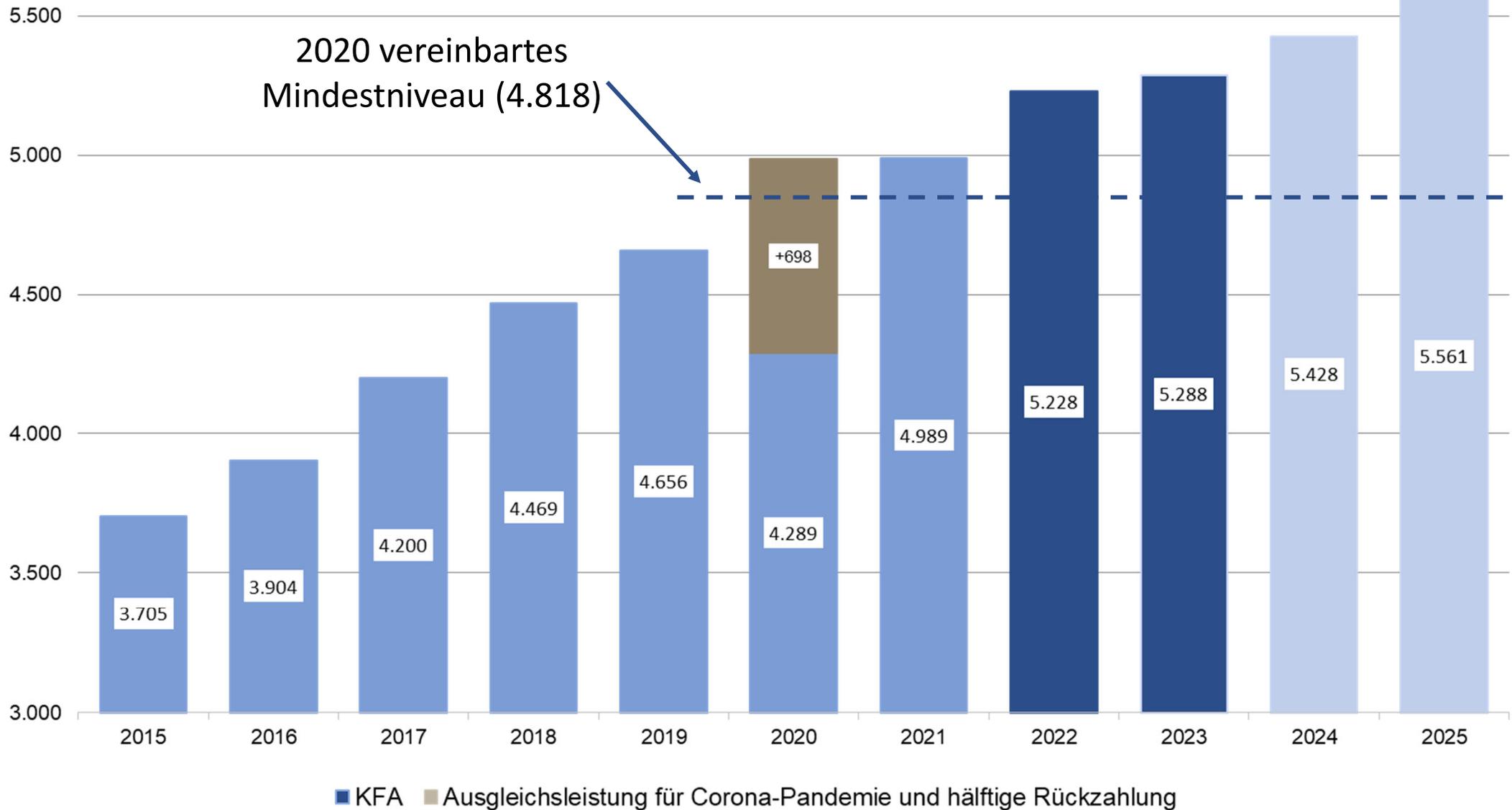
Veränderung gegenüber MiPla 2021 bis 2025 (in Mio. €)	<u>HP 2021</u>	<u>HPE 2022</u>	<u>HPE 2023</u>	<u>2024</u>	<u>2025</u>
Bruttoabweichung Steuern	+2.558	+1.783	+1.597	+1.178	+1.168
Veränderungen KFA	+410 (erst in 2022 kassenwirksam)	+271	+258	+193	+192
Nettoabweichung Steuern	+2.558	+1.102	+1.339	+985	+976
Veränderung Konjunkturkomponente (- = Belastung, + = Entlastung)	-1.850	-925	-1.228	-205	-61
Summe Abweichung	+708	+177 *	+111	+780	+915

* davon rund 80 Mio. € ausgabeseitig durch das Aufholpaket nach Corona gebunden



Entwicklung der Einnahmen aus Gemeindesteuern (ohne kommunaler Anteil aus
Feuerschutzsteuer) - in Mio. €







- Situation ist hoch volatil: nach aktueller Einschätzung sind die Auswirkungen der Pandemie auf die Steuereinnahmeentwicklung weniger stark als es zu Beginn der Pandemie befürchtet wurde
- aufgrund der robusten mittelständischen Wirtschaftsstruktur Deutschlands bzw. Niedersachsens, der ergriffenen Stützungsmaßnahmen sowie der frühzeitig wieder anziehenden Außenwirtschaft fallen die dauerhaften strukturellen Wirkungen der Pandemie sichtbar geringer aus
- aktuelle Inflationswirkungen haben zudem zu einem sichtbaren Anstieg der nominalen Größen geführt und die Steuereinnahmen am aktuellen Rand nach oben getrieben (erwartete Inflation in 2021 +3,0 % und in 2022 +2,2 %)
- Finanzpolitische Nachhaltigkeit bleibt für die weitere Aufstellung des Doppelhaushalts 2022 / 2023 handlungsleitend:
 - konjunkturelle Steuermehreinnahmen bewirken regelgebunden die Ausbuchung der bislang eingeplanten konjunkturellen Kreditaufnahmen
 - danach verbleibende strukturelle Mehreinnahmen dienen der Finanzierung zwischenzeitlich eingetretener Mehrbedarfe insbesondere aus Rechtsverpflichtungen (Deckung der Technischen Liste)

=> Die aktuell positive Entwicklung ist Ergebnis der erstarkenden Wachstumskräfte der Wirtschaft. Um den Prozess weiter zu verstärken, bedarf es einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Überwindung des Wirtschaftseinbruchs bereitet zudem den Weg zurück zu dauerhaft ohne neue Schulden ausgeglichenen Haushalten.